P R O T O K O L L

über die 9. Sitzung des Ausschusses für Gebäudemanagement am Donnerstag, dem 16.11.2023,
Forum Melle am Kurpark, Mühlenstraße 39a, 49324 Melle

Sitzungsnummer: AG/009/2023
Öffentliche Sitzung: 19:00 Uhr bis 21:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender
Andreas Timpe

Mitglied CDU-Fraktion
Lars Albertmelcher
Gerda Hövel
Harald Kruse — Vertreter für Frau Aryus-Böckmann
Sabine Wehrmann

Mitglied SPD-Fraktion
Uwe Hinze — Vertreter für Frau Kattner-Tschorn
Mathias Otto
Axel Uffmann

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion
Silke Meier — Vertreterin für Herrn Schoster
Alfred Reehuis — Vertreter für Herrn Tubesing

Mitglied UWG e.V. Fraktion (Grundmandat)
Falk Landmeyer

Mitglied FDP-Fraktion
Arend Holzgräfe

von der Verwaltung
Stadtbaurat Florian Schmeing
Guido Kunze
Michael Schönwald
Alexandra Knieper

ProtokollführerIn
Maren Hohmann

Zuhörer
Presse

Abwesend:

stellv. Vorsitzender
Ralf Tubesing

Mitglied CDU-Fraktion
Elisabeth Aryus-Böckmann

Mitglied SPD-Fraktion
Karin Kattner-Tschorn

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion
Michael Schoster

Tagesordnung:

TOP 1	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
TOP 2	Einwohnerfragestunde
TOP 3	Feststellung der Tagesordnung
TOP 4	Genehmigung des Protokolls vom 24.08.2023
TOP 5	Bericht der Verwaltung
TOP 6	Aktueller Stand der Prioritätenliste Vorlage: 01/2023/0299
TOP 7	Grundsatzbeschluss - Stadthaus Vorlage: 01/2023/0243
TOP 8	Wünsche und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr Ausschussvorsitzender Timpe eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr. Er begrüßt die anwesenden Ausschuss- und Verwaltungsmitglieder sowie die Presse. Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 24.08.2023

Das Protokoll vom 24.08.2023 wird einstimmig genehmigt.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

Hr. StBR Schmeing teilt mit, dass der Umsetzungsbeschluss zur Sanierung der Sporthalle Gesmold von der Tagesordnung genommen und hierzu eine Sondersitzung des Ausschusses für Gebäudemanagement am 06.12.2023 einberufen wurde. Grund hierfür sei, dass die Kostenberechnung relativ knapp bemessen gewesen und der komplexe Werdegang der Thematik nochmals aufgearbeitet worden sei.

Hr. Kruse teilt mit, dass es nicht zwingend erforderlich sei, eine Sondersitzung für die Thematik abzuhalten. Es könne auch eine Verschiebung in die Sitzungen 2024 erfolgen, um die Hektik rauszunehmen und in Ruhe zu beraten. Dies würde auch den Vorteil im zeitlichen Ablauf bringen, dass nicht zwei Winter in der Sporthalle ausfallen müssten.

Hr. Schmeing antwortet, dass der Zeitplan in der Ausführungsplanung bereits vorsehe, dass die Nutzung der Sporthalle lediglich für einen Winter ausfalle. Die Thematik werde jedoch nochmals mit Herrn Weßler abgestimmt.

Hr. Reehuis fragt nach dem Sachstand beim Bauvorhaben Schürenkamp 14.

Hr. Kunze antwortet, dass im nächsten TOP 6 ein Bericht erfolge.

Fr. Hövel bittet um Sachstand bezüglich der Bauvorhaben KiTa Jugendherberge und den mobilen Raumlösungen für das Stadthaus und die OBS Neuenkirchen.

Hr. Kunze antwortet, dass im nächsten TOP 6 ein Bericht erfolge.

TOP 6 Aktueller Stand der Prioritätenliste
Vorlage: 01/2023/0299

Hr. Schönwald stellt die Änderungen der Prioritätenliste vor.

Hr. Kunze führt zur Grönenbergschule Melle-Mitte aus, dass die Sanierung der Fenster des Straßengebäudes zur Nordseite fertiggestellt wurde. Zu der Errichtung von Raumcontainern an der OBS Neuenkirchen erfolge derzeit die Ausführung. Die Arbeiten würden intensiv mit der Schulleitung abgestimmt und vorrangig in den Ferienzeiten ausgeführt. Der Bezug sei nach den Winterferien im Januar 2024 angedacht. Die Errichtung der Raumcontainer am Stadthaus sei vergleichbar mit der Bearbeitung der Container an der OBS Neuenkirchen und ebenfalls der Bezug im 1. Quartal 2024 geplant. Die Umsetzung des Digitalpakts wurde in den Herbstferien ausgeführt, so dass von Seiten des Gebäudemanagements nur noch Restarbeiten anstehen. Beim Kinderhaus Buer befinden sich derzeit Ausschreibungen für diverse Leistungen am Markt. Der Beginn der Arbeiten sei für Januar 2024 geplant. Beim Jugendzeltplatz Meesdorf sei die Beauftragung der Leistung für die Erneuerung der Kleinkläranlage erfolgt und die Ausführung sei für Frühjahr 2024 geplant. Zum Neubau des Feuerwehrhauses Gesmold sei derzeit die Abrechnung der Planungsleistungen in Vorbereitung. Die Bearbeitung der Errichtung einer Blitzschutzanlage am Feuerwehrhaus und der Sporthalle Neuenkirchen konnte aufgrund von Kapazitätsengpässen im Gebäudemanagement noch nicht erfolgen. Für die Erneuerung der Schiebetrennwandsysteme im Saal des Haus des Gastes werde derzeit die Ausschreibung vorbereitet. Die Sanierung der Fenster im Rathaus Melle erfolge im Obergeschoss noch im November 2023, im Erdgeschoss sei die Ausführung für März 2024 geplant. Die Baumaßnahme Schürenkamp 14 werde weiterhin mit einem hohen Koordinierungsaufwand umgesetzt. Derzeit werden parallel Maßnahmen unterschiedlicher Gewerke wie z.B. Maler, Heizung, Elektro Sanitär, Bodenbeläge und Trockenbau durchgeführt. Aufgrund vom Bauen im Bestand und der allgemeinen Kostensteigerung durch Materialpreissteigerung sei der ehemalige Ansatz von 900.000 € nicht mehr zu halten. Die ausführenden Firmen würden derzeit angehalten, die Mehrkosten zu benennen. Für die Erneuerung des Personenaufzuges im Torbogenhaus Bruchmühlen erfolgte die Beauftragung und die Ausführung der Arbeiten erfolgt im Januar 2024. Bei der Flüchtlingsunterkunft Rational seien die Arbeiten abgeschlossen und der Bezug erfolgte am 26.10.2023. Das Brandschutzkonzept zur Brandschutzertüchtigung des Theaters Melle werde mit den entsprechenden Stellen derzeit abgestimmt. Vor der Maßnahmenumsetzung werden auch mögliche Synergien für eine Verbesserung der Funktionalität geprüft, wie es u. a. der Ortsrat Melle-Mitte und der Behindertenbeirat vorgeschlagen habe. Bei der Umbaumaßnahme KiTa Jugendherberge wurden die Abbrucharbeiten beauftragt und der Start der Maßnahmen sei noch in 2023 vorgesehen. Mit dem Träger HHO wurden erste Gespräche geführt, die Planung vorgestellt und Wünsche und Anregungen derzeit geprüft.

Fr. Wehrmann teilt mit, dass bei der Grundschule Gesmold in Kürze umfänglich saniert werde und aufgrund dessen die erforderlichen Brandschutzmaßnahmen kostenmäßig im Rahmen gehalten werden sollten. Zum Schürenkamp 14 und zu den mobilen Raumlösungen am Stadthaus fragt Fr. Wehrmann nach, wie viele Arbeitsplätze dort entstehen werden und wie die Kostenerhöhung beim Schürenkamp 14 ausfalle. Weiter fragt Fr. Wehrmann, wie hoch das Volumen einer Maßnahme sein müsse, um in der Prioritätenliste abgebildet zu werden und bittet darum, sich in der nächsten Sitzung im 1. Quartal 2024 die Prioritätenliste anzuschauen, ob bspw. die Wertgrenzen erhöht und die Übersichtlichkeit bearbeitet werden könnten. Weiter fragt Fr. Wehrmann, wie oft die Prioritätenliste als Beschlussvorlage in den Sitzungen beraten werde.

Hr. Kunze antwortet, dass der Bauablauf beim Schürenkamp 14 sehr dynamisch sei und es sich um Bauen im Bestand handele. Derzeit werden die Firmen wieder aufgefordert, die

Mehrkosten bzw. Nachträge zeitnah einzureichen, sodass in der nächsten Sitzung darüber berichtet werden könne. Erst dann könne die Kostenentwicklung korrekt benannt werden. Dort würden 20 bzw. 21 Arbeitsplätze entstehen und in der mobilen Raumlösung am Stadthaus 15 Arbeitsplätze. Die Wertgrenze der Prioritätenliste sei 20.000 €. Die Prioritätenliste sei bei dem damaligen Grundsatzbeschluss so verabschiedet worden, dass diese jedes Mal als Beschlussvorlage beraten werden solle.

Hr. Uffmann teilt mit, dass sich der Ausschuss schon in den vergangenen Sitzungen, noch unter Herrn Look, dafür ausgesprochen habe, die Prioritätenliste bei jeder Sitzung in der vorliegenden Form zu beschließen und die Wertgrenze nicht zu hoch sei. Die Prioritätenliste werde so mitgetragen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass diese in den nächsten Sitzungen aufgrund der Oberschulen und Grundschulen verändert sein dürfte. Hr. Uffmann regt an, dass die Bewertungskriterien nochmal überdacht und ggf. erweitert werden.

Hr. Holzgräfe führt aus, dass die Prioritätenliste gut mitgetragen werden könne. Bei den Toilettenanlagen der beiden Dorfgemeinschaftshäuser stelle sich jedoch aus Bueraner Sicht die Frage, ob nicht trotz der großen Maßnahme Feuerwehrhaus Buer im Jahr 2028 die Notwendigkeit gegeben sei, die Toilettenanlage ebenfalls – ggf. auch als Übergangslösung – zu sanieren.

Hr. Reehuis antwortet hierzu, dass die Toilettenanlage im Dorfgemeinschaftshaus Neuenkirchen eigentlich eine typische kleine Maßnahme unterhalb von 20.000 € gewesen sei, aber damit sei kein normgerechter Ausbau einer behindertengerechten Toilette möglich gewesen. Aufgrund dessen befinde sich die Maßnahme nun auf der Prioritätenliste. Die Maßnahme im Dorfgemeinschaftshaus St. Annen betreffe eigentlich die Feuerwehr und nicht das Dorfgemeinschaftshaus, da die Feuerwehr nicht über Duschen verfüge und diese im Gebäude des Dorfgemeinschaftshauses realisiert werden könne ohne ein neues Gebäude zu errichten. Im Feuerwehrhaus Buer seien ebenfalls keine Duschen existent, in denen man duschen wolle, sodass die Anregung von Hrn. Holzgräfe korrekt und wichtig sei.

Hr. Holzgräfe antwortet, dass die Maßnahmen in den Dorfgemeinschaftshäusern keinesfalls in Abrede gestellt werden, sondern die Notwendigkeit der Maßnahme ebenfalls im Feuerwehrhaus Buer bestehe.

Fr. Hövel regt zu der von Hrn. Kunze angesprochenen Maßnahme im städtischen Festsaal an, dass sich dort dringend um eine barrierefreie Toilettenanlage gekümmert werden müsse. Es sei derzeit für körperlich beeinträchtigte Menschen nicht möglich, dort eine Toilette zu benutzen. Zu den mobilen Raumlösungen an der OBS Neuenkirchen und am Stadthaus fragt Fr. Hövel nochmal an, ob der Kostenrahmen eingehalten werde.

Hr. Kunze teilt mit, dass die Kostenverfolgungstabelle anzeige, dass die Kosten eingehalten werden.

Fr. Meier führt aus, es im städtischen Festsaal bzw. Theater Melle wichtig und richtig sei, dass dort eine barrierefreie Toilettenanlage errichtet werde. Zu der Prioritätenliste sollte die Systematik ggf. nochmal verfeinert werde, da bspw. das Theater Melle keine Pflichtaufgabe der Stadt Melle sei und eine dortige Maßnahme bei der Bewertung nicht hoch bepunktet werden könne.

Hr. Uffmann fragt nach, ob es für die Doppelgarage in Bruchmühlen für die Gemeindearbeiter eine Lösung geben könne.

Fr. Wehrmann schlägt vor, diese Maßnahme bei der Maßnahme zum Feuerwehrhaus Bruchmühlen mit zu planen.

Hr. Reehuis teilt mit, dass das Gelände eine solche Lösung durchaus hergeben werde und zwei städtische Gebäude an einem Standort seien. Dieser Vorschlag sollte geprüft werden.

Hr. Kunze antwortet, dass der Kauf des Grundstückes derzeit vorbereitet werde und danach die entsprechenden Gespräche mit den Beteiligten geführt werden. Der Vorschlag werde dort dann angesprochen.

Der Ausschuss für Gebäudemanagement empfiehlt daher einstimmig folgenden

Beschlussvorschlag:
Die vorliegende Prioritätenliste vom 01.11.2023 wird als grundsätzliches Bauprogramm des Gebäudemanagements beschlossen.

TOP 7 Grundsatzbeschluss - Stadthaus Vorlage: 01/2023/0243

Hr. Schmeing stellt die Vorlage anhand einer Power Point Präsentation vor.

Hr. Reehuis führt aus, dass es geschmeidiger abgelaufen wäre, wenn diese umfangreichen Informationen vor der letzten Ratssitzung vorgelegen hätten. Das Einbringen der Vorlage in die letzte Ratssitzung sei das erste Mal gewesen, dass diese Thematik in einer öffentlichen Sitzung beraten werden sollte. Bisher sei lediglich im Verwaltungsausschuss im Juli 2022 darüber debattiert worden. Es sei irritierend gewesen, dass die Vorlage ohne Beratung in den Fachausschüssen direkt in den Rat gegeben worden sei. In der Verwaltung seien Workshops ohne Beteiligung der Politik veranstaltet worden. Der Fragenkatalog der CDU spiegele diese Irritation wider, dessen Inhalt und auch die Beantwortung durch die Verwaltung sehr erhellend und fördernd für den Prozess gewesen seien. Der ursprüngliche Beschlussvorschlag der Verwaltung sehe im Punkt 1 vor, dass die Weiterverfolgung der Variante Neubau erfolge und sich somit auf einen Neubau bereits jetzt festgelegt werde. Damit werde ein Planungskorridor festgelegt, für welchen noch zu viele Fragen offen wären. Im Haushalt 2024 stehe die Maßnahme „Stadthaus Neubau“ mit einem Betrag von 250.000 € mit dem Titel „Erstellung eines Architektenwettbewerbes“. Aus seiner Sicht wolle man gerade keinen Architektenwettbewerb, sondern eine pragmatische Vorgehensweise, die in Architektenwettbewerben nicht gesehen werden. Für das Bündnis 90 / Grünen und auch nach Beratung in der Gruppe mit der SPD werde daher der folgende Beschlussvorschlag beantragt:

1. Das bestehende Stadthaus soll perspektivisch durch einen Neubau ersetzt werden.
2. Im weiteren Planungsverlauf sollen die erheblichen offenen Fragen geklärt werden. Die offenen Grundsatzfragen beziehen sich
   - auf das notwendige Raumkonzept,
   - den Standort,
   - der Möglichkeit zum Bau durch eine städtische Gesellschaft,
   - dem Bau durch einen Investor, der entweder „schlüsselfertig“ baut oder das Gebäude anschließend an die Stadt Melle vermietet oder verpachtet,
   - der Gesamtfinanzierung der Baumaßnahme.

Zum Punkt 1 wird mitgeteilt, dass ein Neubau durchaus gewünscht sei, da dies erhebliche Vorteile mit sich bringe. Dies bedeute im Grundsatz, dass, wenn das Stadthaus angepackt werde, dann solle es schon ein Neubau sein. Man habe jedoch noch erhebliche offene Grundsatzfragen, wie bspw. den Standort. Hr. Reehuis habe in der Woche noch ein Gespräch geführt mit einer Person, die über einen anderen Standort Verfügungsgewalt habe. Sofern die Stadt Melle an ihn mit dem Wunsch herantreten würde, das Stadthaus auf seinem Grundstück zu realisieren, könne er diesem Wunsch durchaus folgen. Er wolle nur nicht in eine Endlosschleife aus Diskussionen geraten, um sein Grundstück nicht zu belasten. Es seien also Alternativen zum derzeitigen Standort vorhanden. Weiter müsse man über den Bau über eine städtische Gesellschaft oder „schlüsselfertiges Bauen“ über einen Investor nachdenken, denn wenn das Projekt mit der Größenordnung von bis zu 60 Mio. € im städtischen Haushalt abgebildet werde, dann könnten sich Probleme mit dem städtischen Haushalt entwickeln. Diese Punkte würden von dem neuen Beschlussvorschlag abgedeckt, allerdings müssten in dem Prozess noch weitere Punkte geklärt werden. Allerdings sollten die 250.000 € für den Architektenwettbewerb nicht im Haushalt 2024 verbleiben.

Hr. Schmeing antwortet zum Ansatz im Haushalt, dass ein Architektenwettbewerb zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht benötigt werde. Es sei allerdings ein externes Büro für die Wirtschaftlichkeitsberechnung erforderlich.

Hr. Reehuis fragt nach, ob die reservierten Mittel im Haushalt 2023 in Höhe von 220.000 € bereits verausgabt oder noch verfügbar seien.

Hr. Schmeing antwortet, dass dies geprüft werde.

Hr. Holzgräfe führt aus, dass auch über die Parteigrenzen hinweg miteinander über die Thematik gesprochen wurde und nach seiner Wahrnehmung eine einvernehmliche Beschlussfassung möglich sei. Der erste Punkt des neuen Beschlussvorschlages werde ohne Weiteres unterstützt. Es gebe noch viele Fragen, aber ein Signal für einen Neubau sollte gegeben werden. Man sei nicht weit auseinander bei den Vorstellungen und man müssen für die Mitarbeiter der Stadt Melle ein Zeichen setzen, um am Arbeitsmarkt mithalten zu können und Perspektiven aufzuzeigen. Hr. Holzgräfe schlage jedoch aufgrund der vielen offenen Fragen vor, eine Art Steuerungsgruppe einzurichten, um miteinander diesen Prozess anzuschieben und diese auch mit Zahlen im Haushalt zu hinterlegen.

Hr. Timpe führt aus, dass diesem Vorschlag gut gefolgt werden könne. Bei der Sanierung des Kreishauses sei ebenfalls eine Arbeitsgruppe mit Vertretern von jeder Fraktion eingerichtet worden, um einen engeren Informationsfluss und –austausch zu haben.

Hr. Uffmann teilt mit, dass die SPD-Fraktion bereits in der Ratssitzung soweit gewesen sei, dem Beschluss zu folgen. Der Fragenkatalog der CDU sei von der Verwaltung gut beantwortet worden. Das zeige, dass der Prozess gut vorbereitet gewesen und man in der Ratssitzung lediglich etwas überrumpelt gewesen sei. Der neue Beschlussvorschlag werde mitgetragen. Es wäre ein sehr schlechtes Signal, wenn der Prozess ausgebremst werde. Wenn die Finanzierung nicht mehr möglich sei, könne eine Bremse erfolge. Die Vorbereitung und die Beschlusslage zu festigen, sei ein wichtiger Punkt, der im besten Fall einheitlich beschlossen werden sollte.

Hr. Hövel führt aus, dass sie sich den Wortmeldungen im Großen und Ganzen anschließen könne. Die CDU sehe die Notwendigkeit, dass die räumliche Situation der Verwaltung verbessert werden müsse. Da es sich um eine Maßnahme mit großer finanzieller Tragweite handele, wurden die zahlreichen Fragen an die Verwaltung gestellt, die zeitnah und sehr ausführlich beantwortet wurden. Einige Fragen seien ausreichend beantwortet worden, andere Fragen bedürften noch der Vertiefung. Es seien kurzfristig noch weitere Unterlagen

eingestellt worden. Es wäre gut gewesen, über diese bereits vor der Sitzung zu verfügen. Die 250.000 € für den Architektenwettbewerb werde bei der CDU ebenfalls keine Zustimmung finden. Die Restmittel müssten zunächst ausreichend seien. Die Idee einer Steuerungsgruppe sei interessant und müsste bezüglich dem Start und den inhaltlichen Aufgaben konkretisiert werden. Dem neuen Beschlussvorschlag der Grünen könne zugestimmt werden. Es sei jedoch wichtig für die CDU, dass die Schulbaumaßnahmen, die in Vorbereitung seien, durch das Stadthaus keinen Nachteil erfahren dürften. Es werde daher zum Antrag der Grünen der folgende Ergänzungsantrag gestellt:

> Der Vorrang der anstehenden Schulbaumaßnahmen, die Oberschulen und die Grundschulen in Buer und Gesmold betreffend, muss gewährleistet sein.

Man wolle sich nochmal ausdrücklich zu den Schulbaumaßnahmen bekennen und dies als Signal an die möglicherweise besorgten Bürgerinnen und Bürger und Eltern sehen.

Hr. Holzgräfe teilt mit, dass dem neuen Beschlussvorschlag mit beiden Punkten mitgegangen werden könne und ebenso dem Ergänzungsantrag der CDU. Es stelle sich jedoch die Frage, ob auch der Ansatz einer Steuerungsgruppe auch als Punkt vier mit einzubringen sei und stellt daher den Ergänzungsantrag zum Beschlussvorschlag:

> Die Politik begleitet den Prozess bei Bedarf mit einer interfraktionellen Arbeitsgruppe.

Fr. Meier führt aus, dass klar sei, dass das Stadthaus ertüchtigt werden müsse. Der Beschlussvorschlag mit den beiden Punkten der Grünen und der Ergänzungsantrag der CDU mit dem dritten Punkt könne gemeinsam beschlossen werde. Es sei nach der Vorstellung von Herrn Schmeing klar, dass der Planungsauftakt zum Stadthaus in keiner Konkurrenz zu den Schulbaumaßnahmen bestehe. Trotzdem sei der Ergänzungsantrag der CDU unschädlich und könne als separater dritter Punkt mit aufgenommen werden. Steuerungsgruppen könnten natürlich hilfreich sein, nichtsdestotrotz sei diese Steuerungsgruppe dann außerhalb der normalen Ausschusssitzungen, in denen der Fortschritt richtigerweise öffentlich diskutiert werden müsse. Fr. Meier wünsche sich daher, dass eine Steuerungsgruppe zunächst zurückgestellt werde und der Planungsauftakt erstmal beginne. Wenn die Notwendigkeit dann gesehen werde, könne eine Steuerungsgruppe noch eingerichtet werden.

Hr. Uffmann findet es sinnvoll, wenn eine Gruppe eingerichtet werde, die den Prozess begleite. Man müsse sich jedoch aufpassen, dass diese Gruppen neben den Ausschüssen nicht die Macht bekommen, Entscheidungen zu treffen und im Ausschuss nicht mehr beraten werde. Mit dem Ergänzungsantrag der CDU tue sich Hr. Uffmann schwer. Das parallele Angehen der Maßnahmen sei wichtig und diese dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es dürfe aber nicht formuliert werden, dass erst alle Schulbaumaßnahmen erledigt sein müssen, bevor mit dem Stadthaus weitergemacht werde. Das sei ein vollkommen falsches Signal. Es ginge um die Formulierung des Ergänzungsantrages, die „weicher“ sein müsse. Es müsse ganz klar daraus hervorgehen, dass die Schulen unter dem Stadthaus nicht leiden dürften, aber es könne nicht sein, dass Schulsanierung vorangetrieben werden und das Stadthaus nicht. Bei einer weicheren Formulierung könne dem Ergänzungsantrag gefolgt werden.

Fr. Hövel ändert den Ergänzungsantrag der CDU daher wie folgt ab:

> Die anstehenden Schulbaumaßnahmen, die die Oberschulen und die Grundschule Buer und Grundschule Gesmold betreffen, dürfen durch den weiteren Planungsverlauf zum Stadthaus nicht beeinträchtigt werden.

Fr. Meier teilt zur Klarstellung mit, dass das Stadthaus in keiner Konkurrenz zum weiteren Planungs- und Umsetzungsfortschritt bezüglich der offenen Schulfragen, was die Oberschulen und Grundschulen betreffen, stehe. Es gebe keine Konkurrenz, aber die Unsicherheit und die Sorgen der Bevölkerung werde wahrgenommen, sodass die CDU ein Signal gesetzt haben möchte.

Hr. Timpe schlägt vor, den Ergänzungsantrag der FDP in den nächsten Ausschuss zu verschieben.

Hr. Albertmelcher teilt mit, dass er dagegenspricht. Wenn der Beschluss heute gefasst werde, dann insgesamt und auch mit der Ergänzung von Hrn. Holzgräfe.

Der Ausschuss für Gebäudemanagement empfiehlt daher mehrheitlich folgenden

Beschlussvorschlag:

1. Das bestehende Stadthaus soll perspektivisch durch einen Neubau ersetzt werden.
2. Im weiteren Planungsverlauf sollen die erheblichen offenen Fragen geklärt werden. Die offenen Grundsatzfragen beziehen sich
   - auf das notwendige Raumkonzept,
   - den Standort,
   - der Möglichkeit zum Bau durch eine städtische Gesellschaft,
   - dem Bau durch einen Investor, der entweder „schlüsselfertig“ baut oder das Gebäude anschließend an die Stadt Melle vermietet oder verpachtet, der Gesamtfinanzierung der Baumaßnahme.
3. Die anstehenden Schulbaumaßnahmen, die die Oberschulen und die Grundschule Buer und Grundschule Gesmold betreffen, dürfen durch den weiteren Planungsverlauf zum Stadthaus nicht beeinträchtigt werden.
4. Die Politik begleitet den Prozess bei Bedarf mit einer interfraktionellen Arbeitsgruppe.

TOP 8 Wünsche und Anregungen

Hr. Reehuis teilt mit, dass während der Diskussion zum Grundsatzbeschluss des Stadthauses mitgeteilt wurde, dass noch weitere Informationen vorliegen würden. Er habe daher festgestellt, dass um 18:05 Uhr, also 55 Minuten vor der Sitzung, 18 weitere Unterlagen hochgeladen wurden. Dies sei für die Beratung im Ausschuss etwas schwierig, da keine Chance bestehe, auf diese Unterlagen Bezug zu nehmen. Für die Ausschussberatung seien diese Unterlagen nicht mehr nutzbar.

Herr Ausschussvorsitzender Timpe schließt die Sitzung um 21:00 Uhr.

Melle, den 29.11.2023

Vorsitzende/r	Verw. Vorstand	Protokollführer/in